



Information für die Presse

Daniel Buchholz, MdA

Berlin, 27. Februar 2004

SPD-Abgeordneter: „OSZ-Windrad hat volle politische Unterstützung“

Die Idee ist nicht nur ziemlich gross, sondern auch sehr umweltfreundlich. Das Berliner Oberstufenzentrum Energietechnik I will in der Nähe der Schule eine eigene Windkraftanlage errichten. Sie soll nicht nur der Stromgewinnung dienen, sondern gleichzeitig als Lehr- und Lernobjekt für die Schüler des OSZ. Der umweltpolitische Sprecher der Berliner SPD-Fraktion, Daniel Buchholz, ist von der Idee begeistert und will sie weiterhin auf allen Ebenen fördern.

Buchholz wörtlich: „Das OSZ hatte meine volle Unterstützung für seine Idee, ein eigenes Windrad zu errichten. Auch eine Großstadt wie Berlin braucht weithin sichtbare Zeichen für eine umweltschonende Energieerzeugung.“ Das OSZ bildet seit dem Sommer 2003 *Assistenten für Regenerative Energietechnik und Energiemanagement* aus. „Mit diesem Ausbildungsgang ist es bundesweit führend. Die Initiative des OSZ, zu einem Innovations- und Ausbildungszentrum für erneuerbare Energien zu werden, kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Berlin ist bereits stark in der Umwelttechnik und kann sich weiter hervorragend positionieren.“

In der Nähe des OSZ in Spandau wurden bereits erste Flächen vorab auf ihre Tauglichkeit untersucht. Auch aus dem Spandauer Bezirksamt gibt es positive Signale, bei der weiteren Suche zu helfen. Erst dann werden die weiteren Fragen zur möglichen Windausbeute, der Anlagenwirtschaftlichkeit und die Beeinträchtigung von Anliegern detailliert betrachtet.

Obwohl solche Großanlagen in Berlin grundsätzlich nicht erlaubt sind, gibt es eine wichtige Nebenbestimmung im Berliner Flächennutzungsplan. Danach dürfen für Anlagen zur Bildung und Forschung Ausnahmen gemacht werden. Buchholz ist optimistisch: „Wenn genügend Sponsorengelder und Eigenleistungen zusammen kommen, ist ein solches Windrad durch die garantierten Einspeisevergütungen des neuen EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) erfreulicherweise auch ohne Gelder aus dem Landeshaushalt möglich.“

